

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

№ XXIV/127

Bonn, den 9. Juli 1969

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1	<u>"Politiker und Publizist nahezu rund um die Uhr"</u> CDU-MdB Dr. H. E. Jahn und das Geld der Steuerzahler	41
2	<u>Großzügig aber nicht sachkundig</u> Zu Kiesingers wirtschaftspolitischen Exkursen	50
3 - 4	<u>"Altenplan"</u> Reichlich verspätete CDU-Sorgen um die Rentner	65
5	<u>Das Treffen der Blockfreien in Belgrad</u> Auftakt ohne politischen Glanz Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	48
<u>AN H A N G</u>		
1 - 2	<u>Der "wahre Wille der deutschen Sache"</u> Die Wahlkampf-führung der NFD Stimmung wichtiger als Diskussion Von Jürgen Mensendiek	109

"Politiker und Publizist nahezu rund um die Uhr"

CDU-MdB Dr. H. E. Jahn und das Geld der Steuerzahler

sp - In Braunschweig tut sich was. Dort kämpft Dr. H. E. Jahn, CDU-MdB seit 1965, um einen Platz im neuen Bundestag. Das ist normal, aber wie Herr Jahn das macht, ist nicht normal.

Die "Bundeszentrale für politische Bildung" in Bonn gibt mit dem Geld der Steuerzahler unter anderem auch eine deutsche Wirtschafts- und Kulturrevue mit dem Namen limes heraus. Die Auflage ist beträchtlich, denn limes will erreichen, daß möglichst viele Bundesbürger über das politische Geschehen in Bonn unterrichtet werden und daß sie die Arbeit der Abgeordneten kennenlernen. Natürlich ist limes überparteilich, denn diese Revue soll ja der a l l g e m e i n e n politischen Bildung dienen.

Ganz anders scheint CDU-MdB Dr. H. E. Jahn in Braunschweig darüber zu denken. Er ließ die Seiten 9 bis 16 aus dem Heft entfernen und an deren Stelle ein vierseitiges Faltblatt einfügen, das ihn den Braunschweiger Wählern als Bundestagskandidaten empfiehlt. Was man auf dem vierseitigen Faltblatt lesen kann, ist mehr amüsant als interessant. Jahn kann alles, Jahn weiß alles, Jahn war 13 Jahre lang im Beratungsstab von Dr. Konrad Adenauer, Jahn besorgt Geld, Jahn spielt Fußball, trifft sich mit Freunden beim Frühschoppen, hat schon 20 Bücher (!) geschrieben, läßt Schulen bauen - kurz, Jahn ist ein "Politiker und Publizist... nahezu rund um die Uhr", ein Alleskönner.

Soweit so gut. Jeder Abgeordnete möge für sich soviel Reklame machen, wie er kann; die Wähler werden schon wissen, was Schaumschlägerei ist.

Aber: Die von CDU-MdB Dr. H. E. Jahn angewandte Methode wirft einige Fragen auf.

- * 1. Wer hat Herrn Jahn sovielen Exemplare von limes zur Verfügung gestellt, daß er seinen Wahlkreis damit belegen kann?
- * 2. Wieviel hat Herr Jahn für die Übernahme von limes zu seinen persönlichen Zwecken bezahlt? Oder: Hat er überhaupt etwas bezahlt?
- * 3. Wer hat Herrn Jahn die Erlaubnis gegeben, den Inhalt einer mit dem ordentlichen Impressum des Herausgebers versehenen Revue zu seinem persönlichen Vorteil zu verändern?

Wir meinen, daß diese Fragen von den zuständigen Stellen möglichst bald beantwortet werden sollten. Es ist nicht gut, wenn der Bürger in dem Glauben gelassen werden sollte, daß Geschmacklosigkeiten und möglicherweise sogar gesetzwidrige Handlungen eines Abgeordneten ungehärt bleiben. Anderenfalls müßte der Bürger die in dem von Herrn Jahn verstümmelten limes aufgeworfene Frage mit Ja beantworten. Sie lautet: "Sind die da oben wirklich die da oben?"

+ + +

Großzügig aber nicht sachkundig

Zu Kiesingers wirtschaftspolitischen Exkursen

sp - Auf dem Wahlkongreß der CDU in Essen ging der CDU-Vorsitzende Kiesinger u. a. auch auf wirtschaftspolitische Fragen ein. Er tat dies in recht großzügiger, allerdings nicht gerade in sachkundiger Weise. Zwar gab Kiesinger zu, die CDU könne nicht allein das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, daß wir nun wieder eines der wirtschaftlich blühendsten Länder der Welt sind, meinte jedoch, daß die Politik der CDU alle spontanen Kräfte angespornt habe, und wenn man dazu noch Glück gehabt habe, so habe dies natürlich auf die Dauer nur der Tüchtige.

Besorgnis klang aus der Feststellung des Kanzlers, daß sich in die Bewunderung über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik inzwischen Sorge um eine mögliche wirtschaftliche Vorherrschaft der Bundesrepublik in Europa mische. Es klinge dabei durch, daß dieses alles nicht mit rechten Dingen zugegangen sei. Den Vorwurf, in der Bundesrepublik gäbe es ein geringeres Lebenshaltungsniveau der Bevölkerung als in anderen vergleichbaren Industriestaaten, kontierte der Kanzler mit der Aufzählung von Steigerungsraten der Brutto- und Reallöhne, ohne jedoch die Solidität seiner Vergleichsbasis zu belegen. Kiesinger meint, unsere Arbeiter wüßten schon, daß wir die größten Zuwachsraten haben.

Unsere Ausfuhrpreise seien stabiler als die anderer Länder. Deshalb hätten wir auch entsprechend höhere Ausfuhrn. Die deutsche Wirtschaft und der deutsche Kaufmann hätten sich eben besonders eindringlich um Auslandsmärkte gekümmert. Dennoch, so der CDU-Vorsitzende, sind wir auf dem Exportsektor nicht der einsame Spitzenreiter in der Welt. Zum Beweis dieser These verglich Kiesinger die Steigerung der Exportraten von 1967 auf 1968 in 6 verschiedenen Ländern, und kam zu dem Schluß, daß wir garnicht so isoliert dastehen und daß wir doch eigentlich kein internationaler Störungsfaktor sind. Kein Wort von den ständig wachsenden Zahlungsbilanzüberschüssen, die doch ein deutlicher Beweis für unsere weit offene außenwirtschaftliche Flanke sind!

Kiesinger meint: "Dieses Land ist sehr stabilitätsbewußt". Um nun zu beweisen, daß es um unsere Preisstabilität noch garnicht so schlecht bestellt ist, vergleicht er die Preissteigerungsraten des Jahres 1968 zwischen der Bundesrepublik, England, den Vereinigten Staaten, Frankreich, Holland und der Schweiz. Ist es ihm eigentlich nicht klar, daß es ja gerade die gefährlich hohe Preisdisparität zwischen uns und unseren Nachbarn ist, die die Inflation der anderen zwangsläufig zu uns importiert?

Kiesinger sagt: "Es ist uns also bis zu diesem Tage gelungen, die D-Mark als eine der härtesten Währungen der Welt zu erhalten", und er fügt hinzu, er habe deshalb bei der Diskussion um die Aufwertung erwogen, wie sich denn Wachstum und Stabilität zueinander verhielten. Das Ergebnis seiner "Prüfung": Es gibt keine Zauberformel und keine Zauberrezepte, darin mische sich vieles und man müsse auch sehen, daß dabei das "psychologische Klima" eine große Rolle spiele. Deshalb also, sagt er, soll man endlich aufhören, ständig über das Problem zu reden, die Entscheidung gegen die Aufwertung am 9. Mai zu "zerreden".

So einfach sind also für den CDU-Vorsitzenden die Probleme unseres wirtschaftlichen Booms, über den sich allerdings - im Gegensatz zu Kiesinger - mehr und mehr Menschen hierzulande Sorgen machen, ernste Sorgen sogar.

+ + -

"Altenplan"

Reichlich verspätete CDU-Sorgen um die Rentner

sp - Vielleicht ist es nur ein Zufall, daß gerade 12 Wochen vor der nächsten Bundestagswahl die CDU einen "Altenplan" verkündete, der neben guten Ratschlägen und gedeckten Mittagstischen auch mehr Geld verspricht.

Wenn der CDU-Vorsitzende Kiesinger vor 150 geladenen Altersheimbewohnern im CDU-Fraktionssaal den Altenplan seiner Partei erläuterte und sagte, "die Achtung, die dem Alter zuteil wird, kennzeichnet die Reife eines Volkes und die Würde seiner Kultur" kann man sich über diese guten Worte des CDU-Vorsitzenden nur freuen, selbst dann noch, wenn sie zu spät kommen, denn es besteht doch offensichtlich bei den heutigen Sorgen der CDU um das Schicksal unserer alten Mitbürger und dem CDU-Wahltext ... "was wohl geworden wäre, wenn in den letzten zwanzig Jahren a n d e r e regiert hätten" kein kausaler Zusammenhang.

Aber dieser in Frageform gekleidete Wahlschlager "haben Sie einmal überlegt..." könnte doch von unseren Rentnern wörtlich - so ist es ja auch gemeint - genommen werden mit der anschließenden Feststellung, daß, wenn die SPD "die anderen" gewesen wären, ihre sozialen Reformpläne schon früher und vollkommener durchgeführt hätten werden können.

Unser heutiges Rentensystem, das von dem SPD-Experten Prof. S c h e l l e n b e r g entworfen und trotz heftigen Widerstandes von ihm mit Erfolg verteidigt wurde, wäre in wesentlichen Punkten noch sozial gerechter ausgefallen, wenn die SPD über die Mehrheit im Bundestag verfügt hätte. Der Leser kann dies in den Niederschriften des Bundestages und im Regierungsprogramm der SPD nachlesen.

Aber dort, wo die SPD nicht auf einen Koalitionspartner angewiesen war und keine Kompromißlösungen akzeptieren mußte, nämlich in den von ihr regierten Ländern, wurde das gesteckte Sozialziel "Geborgenheit im Alter" auch vielfach schon erreicht.

- * Betrachtet man nur einmal den Haushaltsplan von Hessen, dann kann
- * man im Sozialetat feststellen, daß allein im Jahre 1968 die
- * Landeshilfe für Alteneinrichtungen 31,5 Millionen DM betrug.

- * Bereits 1959 wurde der "Hessische Sozialplan für alte Menschen"
- * entwickelt, der einen Schwerpunkt der hessischen Landespolitik
- * bildet. Nach dem Ziel dieses Planes sollen a l l e alten Men-
- * schen, die nicht die Möglichkeit haben, ihren Lebensabend im Kreis
- * ihrer Familie zu verbringen, ein schöner Lebensabend zugesichert
- * werden. Bis 1967 wurden bereits 14.500 Plätze in Altenwohnheimen,
- * Altenheimen und Altenpflegeheimen geschaffen und dafür vom hessi-
- * schen Etat über 200 Millionen DM ausgegeben.

Als Ergänzung zu den zahlreichen Maßnahmen des "Sozialplanes für alte Menschen" hat das Land Hessen im Jahre 1962 ein Altenerholungswerk geschaffen, in dessen Rahmen älteren minderbemittelten Mitbürgern ein wöchentlicher Erholungsaufenthalt ermöglicht wird.

Von 1962 - Ende 1967 haben rund 37.000 alte Bürger Hessens mit Unterstützung des Landes Urlaub machen können. Für viele war es der erste Urlaub ihres Lebens. Dafür wurden rund 4,2 Millionen DM aufgewendet.

Das sozialpolitische Programm der Hessischen Landesregierung hat weit über die Landesgrenzen Anerkennung und Nachahmung gefunden. Es ist jetzt im "Großen Hessenplan" weitergeführt, denn diese erfolgreiche Arbeit fortzusetzen "kennzeichnet die Reife der hessischen SPD-Politiker und gehört zu den besonderen Anliegen der Landesregierung."

Auch die beste Wahlpropaganda der anderen Seite und der Versuch, das Alten-Reservoir "auszuschöpfen" kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD schon lange einen Schritt voraus ist und durch Tradition bestimmt; gerade die Altersversorgung als feststehendes Programm betrachtet. In diesem Sinne wird sich die SPD auch in Zukunft besonders stark bemühen, angestrebte Verbesserungen im Renten- und Fürsorgewesen zu verwirklichen.

Ob sie dies nach den kommenden Bundestagswahlen in vollem Umfang tun kann, hängt nur von den Wählern ab. Insoweit soll den Ausführungen des Generalsekretärs der CDU, Bruno Heck, auf dem Wahlkongreß seiner Partei in Essen zugestimmt werden, in denen er sagte: "Wer in diesem Land politisch entscheiden will, kann sich nur zwischen uns und den Sozialdemokraten entscheiden."

Das Treffen der Blockfreien in Belgrad

Auftakt ohne politischen Glanz

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Unter Beteiligung von 51 Delegationen begann am Dienst dieser Woche in modernen und luftgekühlten Gebäude der jugoslawischen Regierung die Konsultativtagung der Blockfreien. Für die jugoslawischen Gastgeber, die sich seit Jahren um das Zustandekommen dieser Konferenz bemüht hatten, begann die Tagung mit zwei Enttäuschungen.

Erstens: Die Araber konnten ihren Wunsch durchsetzen, nur jene Delegationen zur neuen Belgrader Konferenz zuzulassen, die auch schon an der Konferenz der Blockfreien in Kairo teilgenommen haben. Damals setzte sich die Front Nassers und Sukarnos, die eine ausgesprochene antiwestliche Haltung einnahmen, gegen den Kurs Titos durch, der es eher auf eine friedliche Koexistenz zwischen den beiden Großmächten abgesehen hatte.

Zweitens: Es kam nicht, wie von Belgrad gewünscht, zu einer Konferenz auf höchstem Niveau, sondern nur zu einer Versammlung auf niedriger Ebene. Von den 51 Delegationsleitern haben 13 als Botschafter ihrer jeweiligen Länder ihren ständigen Sitz in Belgrad, d.h. sie brauchen nur über die Straße zu gehen, um den Ausführungen des jugoslawischen Ministerpräsidenten Ribicic und seines neuen Außenministers Topavac zu lauschen. Weitere 15 Delegationsleiter sind Botschafter in anderen Ländern, z.B. in den USA und in der Sowjetunion, in Österreich und in der Bundesrepublik Deutschland (Kamerun und Nigeria), was bedeutet, daß sie ihre Pflichten auf der Belgrader Konferenz nur als Zuständige für die ihnen anvertrauten Beobachtungsgebiete versehen. Einige Delegationen, die noch an der Konferenz in Kairo teilgenommen haben, sind überhaupt nicht erschienen; so z.B. Repräsentanten der Regierungen Libas, Mexikos, Finnlands, Dahomeys und Saudi-Arabiens. Abgesehen von individuellen Gründen wie z.B. die Auseinandersetzungen zwischen den Saudis und den aggressiven arabischen Kreisen, hat vor allem die Sowjetunion alles nur Mögliche unternommen, um die Belgrader Konferenz der Blockfreien zu stören. In ihrem Auftrag sprach der bulgarische Botschafter in Guinea vor, um dieses afrikanische Land vor einer Teilnahme zu warnen, und unmittelbar vor Kongreßbeginn intervenierte der syrische Botschafter in Belgrad beim jugoslawischen Außenminister, indem er ankündigte, seine Delegation werde die Konferenz sofort verlassen, wenn es zu irgendwelchen Kritiken an der Politik der Sowjetunion käme. Die Algerier, deren Außenminister Bouteflik die Konferenz von Belgrad bereits als aussichtslos bezeichnet hatte, versuchen vollkommen in diesem Sinne, die Konferenz der Blockfreien in eine antiwestliche Demonstration umzufunktionieren.

Die mangelnde Bereitschaft, an der von den Jugoslawen angestrebten Diskussion über die Rolle der Blockfreien in einer Welt, in der die Abkommen zwischen den Großmächten eine immer größere Rolle spielen, in echtem Sinne teilzunehmen, kam schon am ersten Tag der Verhandlungen zum Ausdruck, als die den Jugoslawen zustehende Rolle als Leiter der Konferenz vor allem von den Arabern angezweifelt wurde. Um ein Auseinanderplatzen vor Beginn zu verhindern, stimmten die Jugoslawen schließlich darin ein, die Wahl des Konferenzpräsidenten durch das Los zu entscheiden.

+ + +

A N H A N G * * *

Der "wahre Wille der deutschen Sache"

Die Wahlkampfführung der NPD

Stimmung wichtiger als Diskussion

Von Jürgen Mensendiek

Karl L. Pollak, ehemaliger Luftwaffenoffizier, ehemaliges Mitglied der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei, Baufinanzier und Filmproduzent, hat bis zum Herbst dieses Jahres einen neuen Job: Er leitet das Bonner NPD-Wahlkampfbüro und ist Quartiermeister für sieben Referenten und zehn Sekretärinnen vom Parteivorstand in Hannover, der noch in diesem Sommer in die Kronprinzenstraße 3 umziehen will. Nach dem Wahltag am 28. September soll dann, so sieht es der Vorsitzende Adolf von Thadden, der "Einzug von 50 NPD-Abgeordneten" beginnen.

Dieser Einzug wird wie ein Feldzug vorbereitet. Jede Zufälligkeit, die Improvisation verlangt, soll ausgeschlossen werden.

Zur Vorbereitung und Durchführung der Wahlveranstaltungen hat die NPD "zehn Gesetze" aufgestellt, die den gesamten Ablauf bis ins Detail regeln.

Der Grund für diese Regie von oben liegt, so die NPD-Strategen, an den "politischen Gegnern", die ständig bemüht seien, "in der Berichterstattung durch die Massenmedien die gewonnenen Eindrücke zu verzerren und zu verzeichnen". Die "zehn Gesetze" sollen nun "die Angriffsflächen durch exakte organisatorische Vorbereitungen und durch einen klug geleiteten Versammlungsverlauf verkleinern".

Zunächst müssen "rechtzeitig die Säle gesichert" werden. Weitere Empfehlung: "Man sehe sich auch die Beleuchtung eingeschaltet an". Der Parteivorstand warnt vor einer "hohen Zählerbelastung durch die Scheinwerfer" und empfiehlt den Parteifreunden: "Reservesicherungen von 10 und 15 Amp. können oft Wunder wirken." Auch sonst sind in den "Gesetzen" nützliche Ratschläge enthalten. Die "Fenster zu einer Verkehrsstraße" sind zu schließen, ebenso die Türen "nach einem lärmenden Nebenraum". Der NPD-Vorstand hat offenbar allen Grund, auch die banalsten Dinge in seine Verordnungen aufzunehmen: "Überhaupt kümmern Sie sich hellwach um alles vor und während der Rede".

Da Geld, so der Parteivorstand, "nie leichter und reichlicher zu erhalten ist als in der Summe der Versammlungen", soll nicht nur ein Eintritt in Höhe von DM 2,-- gefordert werden. Die Zuhörer sollen vielmehr in einer späteren Sammlung "ein echtes Opfer darbringen, mit dem der Einzelne über sich selbst hinauswächst und ohne welches noch nie in der Geschichte Bedeutendes erreicht worden ist". Auch hier wird in der NPD auf vornehmen Stil geachtet: "Keine alten Hütel! Am besten tiefe Teller oder Plastikschalen resp. Schüsseln". Ein weiterer Tip ist ebenfalls wertvoll und soll zum guten Spenderergebnis beitragen: "Der Geldschein oder das Fünfmärkstück am Boden des Sammelgefäßes hat eine sehr anregende Wirkung". Weitere Empfehlungen sind auf die Mitläufer-Mentalität der Zuhörer abgestellt. Man soll mit der Kollekte bei einem "Freund unserer Partei" beginnen, der einen Schein spendet, "damit die anderen wissen, daß es erlaubt ist, auch größere Beträge zu stiften".

Ebenso aufschlußreich sind die NPD-Gesetze für den Inhalt der Rede und den Ablauf der Diskussion. Auch hier soll nichts dem Zufall überlassen werden.

Der Redner soll sich "vor nationalen Phrasen aus der Zeit von gestern oder gar vorgestern hüten", nicht etwa weil das antidemokratisch oder antiparlamentarisch wäre, sondern weil es "nicht nur junge

Menschen abstößt, sondern jeden Patriot, dem es wirklich ernst ist um die deutsche Sache".

Religiöse Fragen sind tabu, "genauso verhält es sich mit 'weltanschaulichen' Auseinandersetzungen oder der sogenannten 'Judenfrage'". Immerhin sieht die NPD ihre Aufgabe darin, "den wahren Willen der deutschen Sache zu offenbaren".

Bei Zwischenrufen aus den eigenen Reihen soll der Versammlungsleiter "sofort abstellend eingreifen", mit anderen wird der Redner "meist allein fertig". Für weitere "Ungezogenheiten" kann der Saalschutz sorgen.

Eine entscheidende Funktion bei den NPD-Versammlungen hat die Reklame für das Parteiblatt Deutsche Nachrichten (DN): "Vor, während und nach NPD-Veranstaltungen sollte eine vollkommene DN-Werbung durchgeführt werden". Der Vorstand hat bereits eine vorformulierte Ansprache zur Werbung mit Regie-Anweisungen ("Exemplar hochhalten") herausgegeben.

Die Versammlungsleiter sind gehalten, über ihre Veranstaltungen mit Postkarten zu berichten, und zwar nach einem ausgeklügelten System. Die Postkarte enthält nur Tag und Uhrzeit der Versammlung, Ort, Redner und Thema, Besucherzahl, "evtl. Verhalten der politischen Gegner" und "noch einen Kernsatz, der das Thema besonders kennzeichnet". In der Empfehlung heißt es dann: "Mit diesem Rohmaterial läßt sich in der Redaktion gut arbeiten".

Für die öffentlichen Versammlungen während des Wahlkampfes will die NPD "die gesetzlichen Regelungen nötigenfalls voll ausschöpfen". Wenn ihre Mitglieder schon nicht das Grundgesetz unter dem Arm tragen, so sollen sie wenigstens das Versammlungsgesetz bei sich haben. Doch wird dieser Teil des Strafgesetzes nicht als ausreichend betrachtet. Das "Merkblatt II zur Bundestagswahl" hält es für "unumgänglich, daß mehrere Kreisverbände zum Schutz der Versammlungen Ordner stellen". Je nach Lage wird dann der "zuständige Beauftragte für den Ordnungsdienst eingeschaltet". Eine besondere Regelung gilt für "Großveranstaltungen mit den Parteivorsitzenden oder seinen Stellvertretern".

Wenn es die Parteikasse erlaubt, sollen in Städten über 100.000 Einwohner für ihre rund 45 Millionen Zeitungen und Handzettel Verteilern eingesetzt werden. Die NPD plant eine relativ hohe Auflage inner Wahlzeiten: 75 % der statistisch ermittelten Haushaltszahlen. Die Einschaltung kommerzieller Verteiler hat auch einen praktischen Grund. Dadurch werden Parteifreunde frei für den Polit-Arbeitseinsatz auf dem Lande.

Während die NPD mit über 10 Millionen DM und ihren etwa 30.000 Mitgliedern ihren Marsch nach Bonn vorbereitet, hat sie gleichzeitig Vorkehrungen getroffen, ihre Finanzkraft zu stärken. Ein geheimes "Statut für die Freundeskreise der NPD", das in seinem Namen fatal an eine ähnliche Einrichtung Himmlers in der SS erinnert, soll neue Geldquellen anzapfen. Wörtlich heißt es in dem Papier: "Das Verzeichnis der Angehörigen des Freundeskreises befindet sich bei dem Sachbearbeiter des zuständigen Kreisverbandes und ist ausschließlich durch diesen zu führen".

Die einzelnen NPD-Papiere, so banal und grotesk ihre Texte sich auch lesen, zeigen eine streng autoritär durchorganisierte Partei. Jede zufällige, von ihr nicht geplante Erscheinung ist der Partei suspekt. Es zeigt sich auch die Reduzierung des Politischen auf ein schlicht organisatorisches Problem. Der politische Inhalt wird ersetzt durch straffe Zucht und Ordnung. Eine nach ihren Vorstellungen ordnungsgemäß abgelaufene Versammlung ist bereits "eine Visitenkarte der Politik". Gerade auch diese Absichten machen angesichts der politischen Mentalität größerer Teile der westdeutschen Bevölkerung die NPD als Nachfolgeorganisation der NSDAP so gefährlich.